

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

24 (28.1.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553749](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553749)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Frangirung 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Insertate die fünfspaltige Normgröße oder deren Raum für die Inserenten in Rülzungen-Wechseln u. Umgang, sowie der Filialen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wahlen Angelegen aus kleineren als der Grundgröße gesetzt werden, so werden sie auch nach erster Berechnung. Kleinspalt 50 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Ausgang Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. —
Filiale in Oeynaw: Almsenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Sonnabend den 28. Januar 1911.

Nr. 24.

Röcher.

Seit einigen Tagen zieht wieder der famose Präsident des preußischen Dreiklassenhauses, Herr Jordan v. Röcher, die Aufmerksamkeit der politischen Welt von wichtigeren Dingen ab, um sie auf seine eigene wertvolle Person zu lenken. Herr Jordan v. Röcher kann sich mit den sechs Sozialdemokraten, die im Abgeordnetenhaus sitzen, paritätisch nicht vertragen; jeden Augenblick gibt es frischen Streit. Woher kommt das? Die Sozialdemokratie sieht seit vierzig Jahren im Reichstag, sie hat ihre Fraktionen in den Parlamenten aller deutschen Vaterländer, und in fast allen Gemeinderäten der größten Orte ist sie längst zu Hause. Würden die vielen Hunderte von Vorständen städtischer oder kommunaler Körperschaften, die mit Sozialdemokraten amtlich zu tun haben, als Zeugen unter ihrem Bilde über das parlamentarische Verhalten der äußersten Linken befragt werden, kein Einziger würde behaupten können, daß die Sozialdemokraten etwa durch tumultuarisches Betragen die Verhandlungen stören oder sich den parlamentarischen Formen nicht anbequemen. Obgleich der selbst im preußischen Dreiklassenhaus alles glatt, solange einer der beiden Vizepräsidenten, Herr Forst und Herr Krause, den Vorfall sieht. Herr Jordan v. Röcher ist der einzige Parlamentspräsident, der mit Sozialdemokraten amtlich nicht verfahren kann, ohne sofort Streit zu bekommen.

Die Vermutung liegt also sehr nahe, daß es nicht an den Sozialdemokraten, sondern an Herrn Jordan v. Röcher liegt, wenn seine Amtsführung seit dem Eintritt der kleinen sozialdemokratischen Fraktion in das Abgeordnetenhaus weiter nichts ist als eine Reihe parlamentarischer Skandale.

Wahrscheinlich Leute könnten vielleicht auf den Gedanken kommen, die Sozialdemokraten betrachten Herrn v. Röcher als einen besonders gefährlichen Gegner und legen es darauf an, ihn unmöglich zu machen. Wir können mit gutem Gewissen versichern, daß von solchen schwarzen Plänen nicht die Rede sein kann. Herr v. Röcher ist weit davon entfernt, eine so bedeutende Persönlichkeit zu sein, daß sich die Opposition von seiner Befestigung Gewinn versprechen könnte. Ob er aber ein anderer Seinesgleichen den Präsidenten des Dreiklassenhauses ziert, ist soweit total gleichgültig. Die Sache ist vielmehr die, daß Herr Jordan v. Röcher zwar ein Original und ein gelungenes Epigramm, aber die Ratifizierung eines Parlamentspräsidenten ist, als welche er zu dieser Ratifizierung eines Parlaments allerdings vorzüglich paßt.

Herr v. Röcher ist die ebelfe Blüte der neuartigen Ritterschaft und ein Junker von echtem Schrot und Korn. Sein politischer Horizont reicht nicht über die beschränkten Grundlagen der sog. konservativen Staatsgenußnahme hinaus, d. h. er weiß von der Politik gerade genug, um zu wissen, daß der König über Preußen, der Junker aber über seinen Gutsbezirk absoluter Herr und Gebieter sein soll. Städte sind allenfalls gut dazu, daß man dort ihre landwirtschaftlichen Produkte verkauft und sich gelegentlich dort amüsiert. Im übrigen ist die ganze moderne Entwicklung von Uebel und alles, was seit 1848 entstanden ist, ist wert, zugrunde zu gehen. Insbesondere natürlich auch die Parlamente. Herr v. Röcher, der zu den Intimiten des Hammersteinfests gehörte — was ihn nicht hinderte, den gefallenen Kameraden mit einem fröhlichen Fußtritt von sich zu stoßen —, ist grundföhliger Anhänger des reaktionären Uniparlamentarismus und war zu Zeiten, in denen er noch nicht so müde war wie jetzt, einer der entschiedensten Befürworter der antisozialdemokratischen Propagationspolitik. Sein Ziel war ein Zustand, bei dem die Sozialdemokratie nur noch als „Objekt der Gesetzgebung“, zu nicht mehr als ihr Subjekt in Betracht kam, das Mittel, zu diesem Ziel zu gelangen, war ihm der Staatsstreich, und der Held, von dem er träumte, war der starke, wenn auch dumme Mann, der Mann mit eisernen Nerven und robustem Gewissen.

Wenn ein Mann, der von solchen Anschauungen erfüllt ist, zum Präsidenten eines Parlaments gemacht wird, so ist das so, wie wenn man den Lenker eines Aufwagens als Chauffeur auf ein Automobil setzt. Nur weil das preußische Dreiklassenhaus kein Parlament sondern eine bloße Ständesvertretung der Junker ist, oder um im Bilde zu bleiben, bisher immer mit dem Aufwagen mehr Behutsamkeit hatte als mit dem Automobil, konnte sich der Mann auf dem Ausblick einermöglichen im Gleichgewicht halten. Die Situation mußte sich aber sofort ändern, als mit der Sozialdemokratie ein wirklich modernes parlamentarisches Element in das Dreiklassenhaus einbrang, ließ stand der scharfe reaktionäre Junker vor einer Aufgabe, der er nicht mehr gewachsen war.

Mit patriarchalischem „Wohlwollen“ und mit feinstem Onkel-Stil-Humor hatte der alternde Ritterschaftsbesitzer dem preußischen Ständeparlament präsiert, und nie konnte man

das Gefühl los werden, als nähme er sich selber in dieser Rolle nicht recht ernst, wie er ja das ganze Parlamentsspiel nie recht ernst nahm. Jetzt aber glaubt er den sechs „Rehern“ gegenüber, die sich in seinen parlamentarischen Gutsbezirk eingebracht haben, nur eine Aufgabe zu haben, nämlich sie mit oder ohne Anstand wieder rauszubringen. Alles Denken und Trachten Röchers und seiner Gefinnungsgenossen geht nur noch dahin, die sechs Roten wieder an die Luft zu setzen. Nimmt man zu diesen sachlichen Gegenständen noch ein nicht unmerkliches persönliches Moment, — der alte Epigrammator verachtet es nämlich nicht, daß ihm Adolf Hoffmann an echtem Witz und Schlagfertigkeit über ist — so begreift man, daß sich die Spannung der Atmosphäre im Dreiklassenhaus bis zum Unverträglichkeit gesteigert hat.

Zum Unverträglichkeit natürlich nur für die immer notwendiger werdende Rechte, nicht für die kleine tapere sozialdemokratische Fraktion, die schließlich noch andere Dinge enthält, als Herrn von Röcher wohllos hinausgeschleuderte Ordnungsrufe und seine tüpelföhligen Drohungen mit dem Hinauswurf. Auch die große Aktion, die Herr v. Röcher und seine Garde gleichwohl vorbereiten und zu der die Polizei des Herrn v. Jagow ihre Mitwirkung bereits freudigst zugestimmt hat, wird sie und uns nicht schaden. Vielmehr spürt der Zeiger in Erwartung des erhabenen Augenblicks in aller Ruhe seinen Stiff. Es wird ein schönes Bild werden für die Reichstagswahlen von 1911, wenn die einzigen wirklichen Volkvertreter zur Tür des Dreiklassenhauses hinausfliegen!

Politische Rundschau.

Bant, 27. Januar.

Ein konservativ-nationalliberaler Bloß.

Ein konservativ-nationalliberaler Bloß soll nach den Versicherungen der freikonservativ-schwarzmerikanischen „Post“ im Entstehen begriffen sein und wird bereits von ihr mit großer Begeisterung begrüßt. Die „Post“ beruft sich auf eine neuerliche Äußerung der „Nationalität. Korrespondenz“, die vor der „agitatörischen Ausnutzung“ der Reichsfinanzreform warnen, sowie insbesondere auf die äußerste reaktionäre Rede, mit der der nationalliberale Abg. Bohmann am Mittwoch die Rede des Landwirtschaftsministers Dr. Hagl im preußischen Dreiklassenhaus beantwortet hat.

Die „Post“ hätte außer den nicht mehr ungewöhnlichen reaktionären Äußerungen der „Ratib. Korresp.“ und der Rede des Abg. Bohmann sich noch auf ganz andere Indizien berufen können, die für eine energische Reichsgegenwartung der Nationalliberalen sprechen. Hierzu gehört neben einem vielbemerkten Artikel der „Magdeburger Zeitung“, der einer unbedingten Stichwahl für die Rechte das Wort redet, besonders auch die Tatsache, daß der nationalliberale Führer Wasserfall nicht, wie ursprünglich geplant war, im Bereich des badißchen „Großbunds“, sondern in dem nationalliberalen Scharfmacherwahlkreis Saarbrücken als Reichstagskandidat aufgestellt wird. Vordem hieß es, für Leute wie Wasserfall keinen Plenum mehr, und die Nachricht von seiner Saarbrückener Kandidatur wurde mit lebhaftem Eifer dementiert. Nachher hat man sich eines besseren besonnen, man hält es für richtiger, den Fraktionsführer in der Hand zu behalten. Und bei seiner bekannten Eindeutigkeit dürfte Herr Wasserfall als Abgeordneter von Saarbrücken wohl auch ein anderer Mann sein, als er es vielleicht als Abgeordneter von Freiburg gewesen wäre.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der Weiterberatung des Marineetats wurde eine Ausgabe von 215 000 Mk. zum Bau von Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere in Cuxhaven lebhaft bemängelt. Die Baukosten von rund 9000 Mk. für eine Wohnung wurde als zu hoch befunden; es müßte billiger und zweckmäßiger gebaut werden. Die geforderte Summe wurde gestrichen, der Regierung aufgegeben, eine Abänderung der Garnisonbauordnung herbeizuführen und eine Resolution angenommen, die neue Vorschriften über den Bau solcher Wohnungen vom Reichstanzler verlangt. — Für eine Offizierspfeifenanstalt auf Helgoland werden 175 000 Mk. gefordert. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Forderung lebhaft bekämpft, weil ein solcher Luxusbau nicht notwendig sei. Werde aber eine Pfeifenanstalt gebaut, sei die Frage aufzuwerfen, ob dann die sehr hohen Zulagen noch weiter erhöht werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die schmutzige Affäre angegriffen, die vor Monaten durch die Presse ging und in die drei Offiziere verwickelt waren. Wie der Staatssekretär mitteilte, sind die beteiligten Militärs freigesprochen oder die auf eigenen Antrag eingeleiteten Verfahren wieder eingestellt worden. Es

sollen zwei sehr „minderwertige“ Wädhchen in Frage kommen, die sich „in der aufdringlichsten Weise“ an die angegriffenen Leute herangemacht hätten. Weiter wurde von sozialdemokratischer Seite die Schädigung der Fiskal bei der Hensburger Fährde zur Sprache gebracht, die durch die dortige Marineinfanterie eingeleitet sein soll. Den Fiskalern ist das Ganggebiet um fünf Züge eingeengt worden; sie fühlen sich dadurch in ihrem Erwerb erheblich geschädigt. Der Staatssekretär erklärte, an ihn seien keine Beschwerden herangetragen; kämen solche, würden sie wohlwollend geprüft werden.

Für den Bau eines Dienstgebäudes der obersten Marinebehörden in Berlin werden im ganzen 5 750 000 Mk. gefordert. Eine erste Rate von 750 000 Mk. ist bereits bewilligt; 450 000 Mk. werden für den nächsten Etat verlangt, die auch bewilligt werden. — Für Helgoland wird ein Marine Lazarett gefordert, das 300 000 Mk. kosten soll; das macht für ein Bett über 8000 Mk., eine enorm hohe Summe, die kaum bei den mit größtem Luxus ausgestatteten Krankenhäusern erreicht wird. Die Abstimmung darüber wurde vertagt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus gab der Landwirtschaftsminister zu Beginn der Donnerstagsitzung seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Streik der Studenten der Technischen Hochschule in Hannover beigelegt sei. Unter Beifall der Rechten bezeichnete er die Bewegung als eine Entgleisung. Ein konservativer Redner erwiderte dem Minister, gegen solche „russischen Zustände“ mit aller Energie vorzugehen. Im Gegenzug hierzu erklärte Genosse Veinert, daß er der Verurteilung des Studentestreiks nicht beipflichten könne; der Streik sei eine berechtigte Auflehnung gegen die staatliche Bürokratie gewesen.

Im übrigen wurde bei der weiteren Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung eine lange Reihe von Wünschen, teils lokaler Natur vorgetragen. Erwähnenswert ist nur, daß das Zentrum auch in diesem Jahre die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen verlangte. Vom Minister wurden zu diesem Punkte keine Erklärungen abgegeben.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses kam am Mittwochabend bei der Beratung des Postetats auch der Verkauf der Wädhchen an die Stadt Berlin zur Sprache. Es sind 538 ha zu einem Preise von 2 Mk. für das Quadratmeter verkauft worden. Davon haben 130 ha als Volkspark oder Dauerwald verwendet werden.

Zur Beschaffung von Arbeiterhäusern für die Postverwaltung sind 200 000 Mk., 20 000 Mk. mehr als im Vorjahre, vorgezogen. Die Gelder werden gegen 3 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Amortisation als Kaudaralehen an Arbeiter gegeben. Die Wohnung für eine Familie kostet etwa 4000 Mk. zu bauen. Früher ist man mit 2500 Mk. für eine Wohnung ausgekommen.

Zum Domänenetat hat die Regierung eine Wertberechnung der Domänen aufgestellt, nach der sich eine Bruttoverzinsung von 3,14 und eine Nettoverzinsung von 2,73 Prozent ergibt. Die Zentrumsfraktion, die Werte seien zu niedrig angegeben, wird vom Regierungsvorsteher als nicht berechtigt erklärt. Mehr als 3,5 Prozent könne man nicht von den Pächtern nehmen, weil sie sonst zu Grunde gehen würden. Ein gewisser Gewinn müsse ihnen bleiben. Von den Pächtern gehöre großes Vertrauen dazu, Domänen auf 18 Jahre zu pachten, ohne zu wissen, wie sich der Gewinn stellen werde. Der Staat könne mit einer festen, wenn auch niedrigen Rente zufrieden sein.

Nationalliberale gegen Schuhmanns- und Landrats Herrschaft.

In einem Leitartikel „Wahrheit und falsche Autorität“ wendet sich die „Rheinische Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 26. Januar scharf gegen die Taktik der Regierung, die ihre und ihrer Beamten Autorität dadurch stärken will, daß sie in jedem Falle Verfügungen von Beamten befreit. Er sei unvertretbar, daß der Minister des Innern das Vorgehen der Polizei in Baul und Bogen lobt, und daß dann in einem gerichtlichen Erkenntnis festgestellt wird, daß Ausföhrungen einzelner Beamten vorgenommen sind, und daß der Präsident des Schwurgerichts an der Hand eines besonderen Falles in der Rechtsprechung sagt: Ein völlig unteilbarer Mann sei ohne jeden ethischen Grund von den Schulgelehrten mit Edeln niedergeboren worden. Dieser würde sich, wenn er sich zur Abwehr der schärfsten Mittel bedient hätte, eines Verstandes gegen die Staatsgewalt nicht schuldig gemacht haben. Man könne doch unmöglich in Ministerium des Innern

glauben, daß die Autorität der Schulente im Volke dadurch gestärkt werde, daß man ihren Verfügungen gegenüber die Augen schließt, und, um nichts zu sehen, den Kopf in den Sand steckt.

Die Öffentlichkeit halte die Augen offen. Sie vergesse, was die Richter und die Minister sagen, und der Vergleich solle dann nicht zugunsten der Minister ausfallen.

Genauso liege es nicht der bedingungslosen Verteidigung, die der Minister des Innern den Landräten angedeihen ließ. Es sei doch nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Amtsführung der preussischen, namentlich der ostpreussischen Landräte, fortwährend zu Klagen Anlaß gebe, Klagen, die sich in jedem Jahre erneuern. Raum eine Session des Landtages oder des Reichstages sei vergangen, ohne daß sich diese Klagen über das Verhalten der Landräte wiederholten und oft in der schlagendsten Weise belegt würden. Das müsse also doch an den preussischen Landräten liegen, denn in den anderen deutschen Staaten, namentlich in Süddeutschland, höre man solche Klagen nicht, obgleich auch dort die Beamten, die unseren Landräten ungefähr gleich stehen, ihre politische Überzeugung haben werden.

Das klinge für ein nationalliberales Blatt außerordentlich energisch; als aber die Polizei Moabit in Aufruhr versetzt hatte, da war es die nationalliberale Korrespondenz, die zuerst den perfiden Gebaren Ausdruck verlieh, mit Moabit gegen die Sozialdemokraten in den Wahlkampf zu ziehen. Und jetzt im selben Augenblick, da die „Alln. Ztg.“ die Landratspolitik mißbilligt, macht der preussische nationalliberale Landtagsabgeordnete Hofmann den Junkern Liebeserklärungen. Nationalliberal!

„Schutz der nationalen Arbeit.“

In der Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen beschwerte sich ein Kammermitglied: trotz der ausdrücklichen Zusage der Staatsregierung, beim Bau des masurenischen Schiffahrtskanals keine inländischen Arbeiter zu beschäftigen, wurden bei den Staubeckenanlagen nur ausschließlich inländische Arbeiter beschäftigt, und zwar gerade von der staatlichen Bauleitung, während die private Bauleitung Ausländer beschäftigte. Die Folge sei, daß den Besitzern unentbehrliche Dienstleute einfach fortgelassen seien und beim Kanalbau Arbeit angenommen hätten. — Der Oberpräsident von Ostpreußen erklärte sofort, die Zusage, keine inländischen Arbeiter zu beschäftigen, werde auch jetzt noch vollständig aufrechterhalten und von der Regierung strikt durchgeführt werden. Wahrscheinlich handle es sich um einen Unternehmer, der aus Hilflosigkeit in inländischen Arbeitern geirrt habe. Er, der Oberpräsident, werde der Angelegenheit sofort nachgehen. — Die deutschen Arbeiter werden also wahrscheinlich in den nächsten Tagen entlassen werden. Da sie jetzt auf dem Lande keine Arbeit erhalten, werden sie einfach dem Hunger überliefert. Das ist der Schutz der nationalen Arbeit!

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Januar. Dem Bundesrat ist unter dem 21. Januar ein neuer Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 13. November 1909, sowie ein weiterer Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betr. die Regelung von Rechtsverhältnissen der beiderseitigen Staatsangehörigen im Gebiete des andern vertragschließenden Staates vom 31. Oktober 1910 zur Schlussabfassung zugegangen.

Sozialdemokraten und Volkskammer. Der Magistrat in Frankfurt a. M. hat zwei von den Stadtverordneten vollzogene Begleitvorstellungen nicht bekräftigt, weil der eine Gewählte ein Volkskammermitglied ist und der andere der sozialdemokratischen Partei angehört. Dabei kann sich der Magistrat nicht einmal darauf berufen, daß etwa die Regierung Schwierigkeiten gemacht hätte; Frankfurt hat ein Sondergesetz; seine Städteordnung legt ausdrücklich, daß weder die Stadträte noch die Begleitvorsteher usw. der Befestigung durch die Regierung bedürfen.

Wahlrechtsanfrage. Eine Anzahl von Striegauer Genossen, die am Sonntag das Wahlrechtsflugblatt verbreitet hatten, sind richtiger vernommen worden. Die „Verbrecher“ wurden durch Schulente aus ihren Wohnungen und von den Werpäßen geholt. Auch der Kreisvorsitzende Genosse Langer-Striegau wurde verhaftet. Angeblich soll das verbreitete Flugblatt Aufzählungen enthalten.

Der Landtag von Aachen j. L. wird nächste Woche zusammentreten. Von den 16 Abgeordneten gehören fünf der Sozialdemokraten an. Die Tagung gilt hauptsächlich der Festsetzung des Haushaltsplans, der für drei Jahre Geltung hat. — Weitere Vorlagen beschäftigen sich mit der Erhöhung der Pensionen und dem Stammvermögen des Staates. Die Verzinsung der Landesschuld erfordert 41 623 Mark.

Oesterreich-Ungarn.

Die Schraube ohne Ende. Das im österreichischen Abgeordnetenhaus unterbreitete Budget für 1911 enthält ein Nettoerfordernis von 448 589 803 Kronen und ist gegen das Budget von 1910 um 25 130 203 Kronen größer. Außerdem erhebt das Kriegsministerium um Bewilligung eines außerordentlichen Credits von 20 Millionen für die Ausrüstung des Heeres. Weiter enthält das Budget ein außerordentliches Erfordernis von 312 400 000 Kronen für den planmäßigen, auf mehrere Jahre verteilten Ausbau der Flotte; hiervon werden als erste Rate für 1911 55 Millionen verlangt. In der Begründung des Flottenplanes wird ausgeführt, die Notwendigkeit, die für den Handel unentbehrlichen Seewege offen zu halten und die heimische Rüste zu schützen, deren Bedeutung durch die Angliederung Bosniens und der Herzegovina wesentlich erhöht sei, dränge zur endlichen Ausrüstung der Flotte. Hierzu sieht der

Flottenplan vor: vier Dreadnoughts von 20 000 Tonnen Displacement, drei Kreuzer von 3500 Tonnen Displacement, sechs Torpedoblastzüge, zwölf Hochseetorpedoboots und sechs Unterseetorpedoboots. Das Gesamterfordernis wird auf sechs Jahre verteilt. Außer den 55 Millionen für 1911 betragen die Raten für 1912 67 Millionen, für 1913 68,4 Millionen, für 1914 68 Millionen, für 1915 49 Millionen und für 1916 5 Millionen. Das normale Gesamterfordernis für das Heer für 1911 weist gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 22 959 750, das für die Kriegsmarine eine Erhöhung von 1 1/2 Millionen auf.

Holland.

Die geplante Befestigung Willingsen erregt noch immer die diplomatischen Gemüter. Einen Einblick in den Streit gibt für Uneingeweihte der Wiener Staatsrechtler Bernhart:

Von den beiden Gründen, die gegen den Willinger Befestigungsplan vorgebracht werden, bezeichnet er den einen, der in dem Plane eine Verletzung der Neutralität der Scheldemündung sehen will, als unverständlich, weil die Scheldemündung nicht für neutral erklärt sei. Für neutral sei Belgien erklärt worden, und damit auch der belgische Oberlauf der Schelde. Vor der Mündung aber trete sie nach Holland ein, und von da an sei sie nicht mehr neutral, denn Holland selbst sei es nicht. Vielleicht verwechselte man Internationalität mit Neutralität. International sei die Schelde natürlich, weil sie durch beide Staaten zum Meere fließe, aber aus dieser Internationalität ergebe sich nur, daß allen Nationen die Schifffahrt auf dem Strome gestattet sei. Weder der Vertrag von 1839 noch irgend ein anderer spreche von einer Neutralisierung der Scheldemündung. Das zweite Argument der Gegner sei, Holland könne durch die Befestigung Willingsen einer von Belgien selbst zum Schutze seiner Neutralität herbeigeführten Kriegsflotte den Zutritt nach Antwerpen und belgischem Gebiete verwehren. Dieses Recht könne niemand Holland abstreifen, noch mehr, Holland hätte sogar die Pflicht, im Kriegsfall jeder Kriegsflotte den Zutritt zu verweigern, so lange es selbst neutral bleiben wolle, weil das Durchfließen einer Kriegsflotte über sein Gebiet eine offenbare Verletzung der Neutralitätspflichten wäre, genau so, wie wenn Holland im Kriegsfall der Landarmee eines der kriegführenden Staaten den Durchzug gewähre. Anders läge es nur, wenn Holland Belgiens Neutralität mitverbürgt hätte. Holland habe aber diese zwar anerkannt, sich jedoch nicht verpflichtet, deren Verletzung durch dritte Staaten zu hindern. Daß man in allen diesen Fragen von jeher so geacht habe, ergebe sich klar daraus, daß Holland Willingsen schon vor Jahrzehnten, und zwar nach Belgiens Neutralisierung, befestigt habe. Belgien müsse eben, wie übrigens auch die Schweiz, seine Neutralität selbst schützen, nötigenfalls durch einen Verteidigungskrieg. Die daraus erwachende Unannehmlichkeit werde wohl aufgewogen durch die Tatsache, daß Holland, seine Neutralität vorausgesetzt, mit der Scheldemündung auch das südlich gelegene Belgien schütze.

Amerika.

Eine Postung. Die Vereinigten Staaten bemühen sich, von Ecuador die postweise Abtretung der Galapagosinseln zu erlangen und bieten 35 Millionen Dollars für 99 Jahre an unter Aufrechterhaltung der Oberhoheit Ecuadors. In Ecuador wird der Vorschlag gegenwärtig in Erwägung gezogen. — Die amerikanische Stappensstraße durch den Stillen Ozean wird durch die Erwerbung der Galapagosinseln eine bedeutsame Dervollständigung finden. Der gesamte zukünftige Verkehr durch den Panamakanal wird hier seine erste Station nehmen. Von den Galapagosinseln aus verzweigt er sich weiter über die bereits im Besitz der Vereinigten Staaten befindlichen Stationen. Die Galapagosinseln sind also für den amerikanischen Handel von großer Bedeutung.

Argentinien.

Gewerliche Einwanderung. Die Generalagentur für Einwanderung hat den Schiffsgesellschaften eine Bestimmung mitgeteilt, wonach die Schiffsgesellschaften erzwungen sind, diejenigen Einwanderer, deren Ausreisepapiere den behördlichen Anforderungen nicht genügen, auf ihre Kosten zurückzuführen. Einwanderer, die lediglich oder mehr Jahre alt sind, wird die Landung nur dann gestattet, wenn für deren Fortkommen von einer im Lande bereits ansässigen Person Bürgschaft geleistet wird, oder im Falle es sich um Familienhäupter handelt, muß der Familie mindestens ein Sohn angedehnt, der für den Unterhalt seiner Eltern nötigenfalls sorgen kann. Nach den bisherigen Gesetzen konnte jedermann ohne viel Umstände nach Argentinien einwandern. — Ursache dieser Maßregel soll sein, das viele hier eingewanderte Gesindel in Zukunft abzuhalten.

Kleine politische Nachrichten. Das zwischen Fortschritt und Nationalliberalen angebotene Wahlabkommen für die Provinz Bonnern ist nicht zustande gekommen. — Die Eisenbahnverträge Magdeburg-Deutscher-Werke soll bekanntlich elektrischen Betrieb erhalten. Ein Teil dieser Strecke (Deutscher-Werke) ist nunmehr fertiggestellt. Die Probefahrt verläuft ohne Störung. — In Jülich hat, 70 Jahre alt, der Oberarzt des kaiserlichen Krankenhauses Dr. G. e. g., bekannt als langjähriger sozialdemokratischer Gemeindevorstand, verstorben.

Gewerliche Nachrichten.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Straßenbahner in Magdeburg. Vor 14 Tagen leiteten die Angestellten der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft eine Lohnbewegung ein. In überfüllten Versammlungen beschäftigten sie sich mit dem Verhalten der Direktion, die lange Jahre hindurch die Wünsche ihrer Angestellten hartnäckig ablehnte. Die einmütige Haltung der Angestellten war dieses Mal von Erfolg gekrönt. Die Direktion hat die Löhne der Schaffner um 10—15 Pf. monatlich aufgebessert, und die der Führer um 20 Pf., dazu kommen noch einige andere Zugeständnisse, wie z. B. eine bessere Bezahlung der Überstunden, auch die Bildung eines Arbeiterausschusses wurde zugesagt. Montag hat der Ausschuss der Gesellschaft seine Zustimmung zu

den Zugeständnissen gegeben. Es wird nun noch abzuwarten sein, ob die Direktion Klugeheit genug besitzt, es wegen der Zugehörigkeit der Angestellten zu einer Gewerkschaftsorganisation nicht zu einem neuen Konflikt kommen zu lassen. Gegenwärtig werden die Angestellten allerdings (scharf beobachtet, alle Versammlungen werden durch Kontrollen überwacht, selbst Kriminalbeamte sollen zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen.

Klugeheit, Metallarbeiter! Die Firma Niebaum & Gutenberg in Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) sucht, nach ihrer eigenen Angabe, in etwa 30 Zeitungen durch Inserate Tischler, Schlosser, Dreher, Hobler und Fräser und andere Metallarbeiter. Die Streichholzfabrik von Gottfried Herber ist schon wieder an die Luft gesetzt worden, weil sie nichts leisten konnte. Angeblich soll die Gesellschaft nach Remscheid wandern. Da der Streik oder die Ausperrung noch nicht beendet ist, so wird erstickt, den Zugang fernzuhalten. Auch sucht der berüchtigte Gottfried Herber von Barnum aus unorganisierte Former, Schlosser, Dreher, Schmiede und Arbeiter im Arbeitsmarkt. Es wird erstickt, auch auf derartige Inserate in der dortigen Presse aufmerksam zu machen und auch sonst auf diese Inserate ein wachsames Auge zu haben.

Soziales.

Sant, 27. Januar.

Der Reichsverband und der „All Jendahl“.

Korvettenkapitän Jendahl, der Direktor der Torpedowerkstatt, ist, wie in einer im „All Jendahl“ abgedruckten Reichsverbandssatzung mitgeteilt wird, zum Kommandanten eines Linienkessels ernannt. — Es entspricht nur der preussischen Tradition, daß hochgeleitete Personen, aber die sich der gewöhnliche Plebs aufhebt, noch höher hinaufgehoben werden. Und man kann sich nur darüber wundern, daß Herr Jendahl nicht noch einen Orden dazu erhalten hat.

Der übrige Teil der Reichsverbandssatzung ist, soweit sie den „All Jendahl“ betrifft, in der bekannten verwerlichen Manier abgefaßt. Da, es ist geradezu bildmüder Kahl, den hier wieder einmal das Tagesblatt seinen Lesern vorlegt. So soll die Beschränkung gegen Herrn Jendahl in der sozialdemokratischen Presse nur erfolgt sein, weil er verstanden hat, „die Verurteilung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, auf die Metallarbeiter größeren Einfluß zu gewinnen, wirksam abzuwehren.“ Wir vermuten, daß Herr Jendahl erst Kenntnis vom Metallarbeiterverband erhalten hat, als dieser die Verarbeitervereinigungen im All Jendahl einberief. Eßt reichsverbandlich ist auch folgende Verurteilung:

„Es ist hierbei festzustellen, daß seitens der Sozialdemokratie die Arbeiterausschüsse, also diejenigen Vertretungen der Arbeiter, die täglich mit ihren Kameraden in Berührung kommen, die die lokalen Verhältnisse genau kennen und denen, wie im vorliegenden Falle der Sachverhalt genau bekannt ist, einfach ignoriert und so behandelt werden, als ob sie überhaupt nicht vorhanden wären. Für die Sozialdemokratie handelt es sich einzig und allein darum, mit ihren politischen Machbestrebungen Erfolge zu erzielen und ans Ziel zu gelangen. Um die Interessen der Arbeiter kümmert sich die sogenannte Arbeiterpartei weniger, ihr kommt es wesentlich darauf an, ihren Machthaber zu stützen, und die Disziplin, ohne die ein Institut wie die Kaiserliche Werkstätte überhaupt nicht existieren kann, möglichst zu lockern.“

Wir erinnern nochmals kurz an die Ursache des Jendahl-Konflikts: Die Arbeiter beschwerten sich öffentlich über das bisherige scharfe Vorgehen des Torpedodirektors Jendahl. Der Unwille gegen ihn ging bis weit hinauf in die unteren Beamtenkreise. Dabei soll nicht behauptet werden, daß Herr J. sich nicht streifte an die Verurteilung hielt; er legte sie aber in seinem Geiste aus, ebenso wie die Polizei in Wilhelmshaven die bestehenden polizeilichen Bestimmungen, gegen welches scharfe Vorgehen seinerzeit das Bürgerrechtlerkollegium ebenfalls energisch protestierte. Dann kam der bekannte Auspruch Jendahls hinzu, und die Arbeiterkraft verlangte energisch Remedur. Der Arbeiterausschuss suchte seiner Pflicht gemäß zu vermitteln und handelte dabei mit großer Teil in dem Konflikt und um weitere wirtschaftliche Schäden von der Arbeiterkraft abzuhalten. Die Arbeiterkraft hielt sich aber grundsätzlich im Recht und lehnte eine Vermittlungsoption, durch die sich die Arbeiterkraft arg ins Unrecht gesetzt hätte, zu ihrem Glück ab. Das ist der Hergang des Konflikts, den der Reichsverband jetzt natürlich gegen die organisierte Arbeiterkraft auszuspielen möchte. Das wird ihm nicht gelingen.

Erkenntlicherweise können wir berichten, daß, wie man allgemein hört, die früheren Klagen gegen Herrn Jendahl aufgehört haben.

„Schlacken.“ Die Behörden und besonders die Hausbesitzer können dazu beitragen, daß diese häßliche Bezeichnung für den Bezirk Wilhelmshaven-Rüstringen verschwindet, wenn sie hinsichtlich der Straßenreinigung ihre Pflicht tun. Die Hauptverkehrsstraßen lassen in dieser Beziehung aber sehr viel zu wünschen übrig, hier besonders die Wilhelmshaven-, die Peter-, Börsen-, Wert- und Bismarckstraße. Beklere ist Eigentum des preussischen Fiskus und es ist sehr zu wünschen, daß auch dieser die Straßenreinigung besonders in Rappenburg und Siebelsburg nicht nur dem lieben Herrgott überläßt. Die bessere Reinigung des Fahrdammes besonders dieser Straßen, muß unbedingt durchgeführt werden.

Die Teutalität beginnt. Wie aus dem Inferatenteil ersichtlich, schreibt der Bauernrat Rüstringen die Befreiung von zehn schließfertigen Häusern mit 81 Wohnungen aus. Diese sollen am 1. Oktober bezugsfertig sein.

Die Abhaltung der 15. deutschen nationalen Geflügel-ausstellung in München vom 3. bis 5. Februar 1911 ist von der Königlich bayerischen Regierung verboten worden mit Rücksicht auf das weitere starke Umfliegen der

Soziald. Wahlverein Rüstringen-Wilhelmsh.
Sonnabend den 28. Jan., abends 8 1/2 Uhr
bei Sadewasser in Heppens:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Quartalsabrechnung. — Politische Rückblicke und die nächsten Reichstagswahlen. Referent: Genosse P. Hug.
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Theater in Bant (Odeon).

Sonnabend den 28. Januar cr., abends 8.30 Uhr:
Operetten-Abend.

Der Bettelstudent

Operettenpreise.

Achtung! Stadt Kiel, Kopperhörn. Achtung!

Freitag, Sonnabend, Sonntag (27., 28., 29. Jan.):

Viertes diesjähriges grosses Schlachtfest.

Konzert bis 2 Uhr, warme Küche bis 3 Uhr nachts.
Es ladet freudl. ein **Friedr. Ecklund, Bismarckstr. 15.**

Leder-Ausschnitt

prima Eichenlohruben-Verbung, sowie
sämtliche Schuhmacher- u. Bedarfsartikel
empfehlen

Gehr. Meyer, Heppens, Göterstr. 17.

Empfehle

ff. geräucherten Bauchspeck,
pr. Ffd. 90 Pf.
Fetten Speck Pfund 80 Pf.,
sowie Schinken- und
Thüringer Rot- und
Anackwürst.

O.H. Fehrmann

Fabrikation ff. Fleisch- und
Würstwaren —

Bant, Noonstraße 2.

Billig zu verkaufen

gut erhaltener Küchenschrank, zwei
Küchensitze und ein Zebentisch,
sowie auch neue Möbel.
O. Wachendorf, Kopperhörn
Bant, Bismarckstraße 9.

Wilhelmtheater.

Sonntag den 29. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr:
Vorstellung für Gross und Klein
zu halben Schauspiel-Preisen:

Sneewittchen

und die sieben Zwerge.

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Walhalla-Theater

Wilhelmshaven, Bismarckstr. 5.

Täglich Spezialitäten-Vorstellungen.

kleine Preise. — Kein Vorausschlag.

Anfang Februar: Eröffnung von Lichtbilder-Vorführungen.

Oeffentliche politische

Versammlungen.

Glücksbath: Sonntag, 29. Jan., nachm. 4 Uhr, bei Wirt P. Meyer.
Augustfehn: Sonntag den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, beim Wirt
Reinh. Jaugen (früher Struh).
Referent Reichstagskandidat Landtagsabg. Paul Hug, Bant.

Vorsum: bei Enden: Sonntag den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr,
beim Wirt **Gillenborg.** — Referent Reichstagskandidat
Landtagsabgeordneter J. Weger, Bant.

Jever: Dienstag den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Traube“
beim Wirt **Vallmann.**

Varrel: Sonnabend, 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im **Schütting.**
Referent Reichstagskandidat Landtagsabg. Paul Hug, Bant.

Neuenburg: Sonntag den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim
Wirt **Wiffens.** — Referent Landtagsabg. Ed. Schulz, Bant.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die politische Lage, die Sozialdemokratie und die
nächsten Reichstagswahlen.

Freie Aussprache.

Jedermann, Männer und Frauen, sind freundlichst eingeladen.
Der Einberufer: Ed. Schulz, Bant, Peterstr. 22.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Sonntag den 29. Januar, nachm. 5 Uhr
in den Vier Jahreszeiten (Wiggers):

Oeffentl. politische Versammlung.

Tagesordnung:
Arbeiterfrage und Alkoholfrage. Freie Diskussion.
Referent A. Alawitter-Bremen. Der Vorstand.

Was muss der Patient von künstl. Zähnen wissen?

Zuerst ist es notwendig, dass der Mund sachgemäss für
die Aufnahme des Gebisses vorbereitet wird.

Diese Vorbereitungen werden bei dem Unterzeichneten
für alle Patienten gratis ausgeführt.

Qualität der Zähne und Arbeitsausführungen sind bei künst-
lichen Gebissen sehr verschieden und daher Preisunterschiede ganz
bedeutend. Alte, schon getragene künstl. Zähne werden auf Wunsch
für den Besitzer zu neuen Gebissen mit verwertet. Für Brauchbarkeit und
tadellosen Sitz eines Gebisses wird vom Unterzeichneten volle Garantie geleistet.

Sprechstunden: Vorm. 9—12 Uhr.
Nachm. 2—7 Uhr.
Sonntage 9—12 Uhr.

F. Thoms, Marktstr. 30.

Höhere Bürgerschule zu Bant.

Anmeldungen von Schülern, die Oitern d. J. in die
hiesige höhere Bürgerschule eintreten sollen, werden vom 1. bis
8. Februar cr. täglich abends von 6—7 Uhr in der Woh-
nung des Unterzeichneten, Peterstraße 38, I., entgegen-
genommen.

Bant, den 24. Januar 1911.

Mrodzinsky, Rektor.

Nur in der Zeit vom 30. Jan. bis inkl. 19. Febr.
er. erhält jeder Besteller bei Anfertigung v. 1 Dtz.
Prinzenbildern od. 1 Dtz. Kabinetbild. eine photogr.

Vergrößerung

von seiner Aufnahme

gratis!!

H. Temler Nachf., photogr. Atelier,

Bant, Metzger Weg 1. Heppens, Gökarstr. 20.
Eigene Vergrößerungs-Anstalt.

Reparaturen

an Nähmaschinen aller Systeme werden
unter Garantie billig ausgeführt.
Joh. Thade, Wdh., Peterstr. 42

Banter Volksküche.

Museumstraße.
Sonnabend: Dinieren mit Sped.



**Bäcker- u. Konditorei-
Buchführung.**

Klockes

Handelschule,
Wilhelmshaven, Viktorialstr. 87.

Restaurant Zur Perle

Bremer Straße 15.

Heute Freitag:

Großer Preis = Skat.

Anfang 8 Uhr abends.

!! Acht wertvolle Preise !!

1. und 2. Preis:

Je ein großer Schinken.

Hierzu ladet freudl. ein

Gustav Möller.

Kaiser Wilhelm-Saal

Bismarck- u. Aler Str. Ede.

Heute Freitag den 27. Januar

von 7 bis 1 Uhr:

Große Tanzmusik.

Es ladet freundlichst ein

Friedrich Hector.

Tanz-Unterricht.

Eröffne am Freitag d. 3. Febr.

im Colosseum einen

2. Tanzkursus für Erwachsene.

Anmeldungen werden jederzeit in

meiner Wohnung oder im Colosseum

entgegengenommen. Anfang 8 1/2 Uhr.

Extra-Kurle zu jeder Zeit.

P. Schmuck, Tanzlehrer.

Bant, Warfstraße 37.

Dangastermoor.

Sozialdemokr. Wahlverein

EINLADUNG

zu dem am Sonntag den 5. Febr.

bruar 1911 in A r a d e s Lokal

stattfindenden

3. Winter-Fest

bestehend in

Theater und Ball.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Festkomitee.

Arb.-Gesangsverein Liedertafel

Osternburg.

— Einladung —

zu dem am Sonntag in der

Tonhalle stattfindenden

Narren-Fest

bestehend in Gesangsvorträgen

des Damen- und Männerchors

und Ball.

Anfang 5 Uhr. Appen an der Tür.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet

freundlichst ein

Der Vorstand.

5 Mk. Belohnung

erhält derjenige, welcher mit der Per-

son namhaft macht, welche meinem

Bunde wiederholt dessen Halebund

nebst Steuermarkte abgenommen hat.

E. Ocken, Bant.

